Remseck am Neckar
Große Kreisstadt

Sitzungsvorlage Nr. 001/2019

☒ öffentlich (ö)
☐ nichtöffentlich (nö)

Az.: 902.411 DikZ.: Heb/BK Datum: 08.01.2019

Vorgang: Vorlage 166/2018

zur Behandlung im

Gremium	Sitzung am	Information	Vorberatung	Beschlussfassung	Bemerkung
Ausschuss für Umwelt und Technik	22.01.2019		**X**		
Verwaltungsausschuss	24.01.2019		**X**		
Betriebsausschuss	15.01.2019		**X**		
Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales					
Gemeinderat	29.01.2019			**X**	

Beratungsgegenstand:

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019
- Anfragen und Anträge der Fraktionen -

Beschlussvorschlag:

☒ **Gesetzliche/vertragliche Aufgabe**

Finanzielle Auswirkungen: ☒ ja ☐ nein

HHSt: Vgl. Sachvortrag inklusiver Anlagen

	Ausgaben neu	im Haushaltsplan eingestellte Mittel	Abweichung (über-/außerplanmäßige Ausgaben +; Minderausgaben -)	Einnahmen
Gesamtbeträge d. Maßnahme	€	€	+ €	€
davon im lfd. Haushaltsjahr	€	€	+ €	€

Jährliche laufende Belastung (Folgekosten): €
(einschl. kalkulatorischer Kosten abzgl. Folgeerträge und -einsparungen)

Zur Finanzierung von über-/außerplanmäßigen Ausgaben siehe Beschlussvorschlag oben!

Dirk Schönberger
Oberbürgermeister

Anzahl Seiten: 2

Sachdarstellung / Begründung:

Für die Haushaltsplanberatung 2019 sind bis Montag, 7. Januar 2019 von den Fraktionen, in der Reihenfolge des Eingangs, folgende Anfragen und Anträge eingegangen:

Freie Wähler	Anlage 1
Bündnis 90/Die Grünen	Anlage 2
CDU	Anlage 3
SPD	Anlage 4
FDP	Anlage 5
Gemeinsamer Antrag alle Gemeinderatsfraktionen	Anlage 6

Der bisher verfolgte gute Grundsatz, dass zu Anträgen mit finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt ein **Deckungsvorschlag** mit eingereicht wird, ist nicht in allen Fällen beachtet worden. Wir bitten die Antragsteller, dies **bis zu den Vorberatungen in den Ausschüssen nachzuholen bzw. in die Beratung einzubringen.**

Die Vorberatung ist in den Ausschüssen am 15., 22. bzw. 24. Januar 2019 vorgesehen. Um eine möglichst zügige Sitzungsabfolge zu ermöglichen, werden die Fragen und Anträge der Fraktionen nicht nur in Kopie, sondern von der Verwaltung auch in einer tabellarischen Übersicht zusammengefasst. Darin ist auf ggf. ähnliche oder deckungsgleiche Fragen oder Anträge sowie auf die betroffene Produktgruppe / Produktsachkonto verwiesen und auch angegeben, in welchem Ausschuss die Beratung vorgesehen ist. Diese **tabellarische Übersicht wird** als Anlage 7 am 14.01.2019 **nachgereicht**.

Für die Verabschiedung des Haushalts 2019 am 29. Januar 2019 ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Abstimmung über Einzelanträge,
- Stellungnahmen der Fraktionen,
- Gesamtabstimmung Haushalt / Wirtschaftspläne

Freie Wähler Remseck a.N.
- *Gemeinderatsfraktion -*

Fragen und Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2019

Wir bitten die Verwaltung um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. **Welche Maßnahmen zur Umgestaltung der Schiffskreuzung sind konkret geplant?**

   Begründung:

   Nach der Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit stehen die Umgestaltungsmaßnahmen im Straßenbereich noch aus. Der Haushaltplan sieht hierfür 50 T€ vor. Wir bitten um Erläuterung der konkreten Bau- bzw. Markierungsmaßnahmen.

2. **Wie stellt sich die Verwaltung die Abgrenzung des Baugebietes „Wolfsbühl III“ vor?**

   Begründung:

   Die Finanzplanung geht in den Jahren 2020 und 2021 von jeweils 3 Mio € Einnahmen aus dem genannten Gebiet aus. Nachdem es bisher hierzu keine Beschlüsse in den Gremien gibt, bitten wir um Erläuterung der Vorstellungen der Verwaltung.

3. **Welche Sanierungsmaßnahmen an der Hochberger Brücke sollen auf Kosten der Stadt erfolgen?**

   Begründung:

   Für 2020 sind 10 T€, für 2021 220 T€ für Sanierungsmaßnahmen an der Brücke geplant. In diesem Zusammenhang bitten wir, den Gemeinderat darüber zu informieren,

- Welche Maßnahmen an dieser im Eigentum des Landes stehenden Brücke auf Kosten der Stadt angedacht sind und
- was der Verwaltung über die Pläne des Landes zum Neubau der Brücke bekannt ist.

4. Welchen Umfang soll die „grundlegende Sanierung“ der Wilhelm-Keil-Schule haben?

Begründung:

Über die Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen im Vorfeld der Neugestaltung des Schulcampus Aldingen bestand Einvernehmen im Gremium. Wir bitten um Nennung der jetzt geplanten Maßnahmen und um Bestätigung, dass diese mit angedachten Neubaumaßnahmen nicht entbehrlich wären.

5. Warum wird in 2019 ein deutlich erhöhter Abmangel bei der Stadtbahn erwartet?

Begründung:

Für das HH-Jahr 2019 wird von einem Abmangel-Betrag in Höhe von 871 T€ ausgegangen. Dieser Betrag liegt um mehrere hunderttausend Euro über den Beträgen der Vor- und der Folgejahre. Was ist der Grund hierfür?

6. Wie kann man sich die starken Abweichungen zwischen den Remsecker Grundschulen bei der Kennzahl „Zuschussbedarf des Produkts je Schüler 2019“ erklären?

Begründung:

Wir bedanken uns ausdrücklich, dass unser Antrag vom 05.04.2018 zur Ermittlung von Kennzahlen für geeignete Produkte von der Verwaltung bereits für wichtige Bereiche umgesetzt wurde.

Bei der Betrachtung der Kennzahl „Zuschussbedarf des Produkts je Schüler 2019“ der verschiedenen Grundschulen auf den Seiten 293 bis 313 fällt eine enorm große Bandbreite der Kennzahl auf. Sie reicht von 782,92 € bei der GS Pattonville bis zu 3.225,80 € bei der GS Neckargröningen. Wir bitten die Verwaltung um Auskunft,

- was die Gründe hierfür sind,
- wie groß nach ihrer Einschätzung die Aussagekraft der Kennzahl ist,
- wie die Verwaltung die große Spanne bewertet und
- welche Steuerungsmöglichkeiten die Kennzahl für den Gemeinderat eröffnet.

7. Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung bei der Jugendmusikschule bezüglich der Schülerzahlen und des jährlichen Abmangels?

Begründung:

Die Kennzahl auf Seite 353 weist einen Rückgang der Schülerzahl der Jugendmusikschule um rund 7 % innerhalb des letzten Jahres aus, und das trotz der allgemein ansteigenden Kinder- und Schülerzahlen.

Der finanzielle Abmangel der Jugendmusikschule soll nach der Finanzplanung von 2018 bis 2022 um rund 20 % steigen (S. 350). Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, diesen Trend umzukehren?

Wie stellt sich die früher beim kameralistischen Haushalt beschlossene Deckelung des Abmangels (300.000 € ?) in der veränderten zahlenmäßigen Darstellung des NKHR dar?

8. Warum steigt der Kostendeckungsgrad bei den Bestattungen von 2018 nach 2019 so deutlich an?

Begründung:

Beim Produkt 55.30.0600 (Erdbestattungen, Urnenbestattungen, Aus- und Umbettungen) fällt beim Studium der Kennzahlen auf S. 511 auf, dass der Kostendeckungsgrad von 40,72 % in 2018 auf 65,90 % in 2019 ansteigt, obwohl die Gesamtzahl der zu Grunde gelegten Fälle identisch ist.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung Planungen für die Neustrukturierung der Gebühren im Bestattungswesen bereits im Haushaltsplan hinterlegt hat. Auch die geplante Absenkung der Gebühren für die Aussegnungshallen ist ja im Vorbericht erwähnt.

Wir bitten um Information über die Grundsätze der geplanten Neugestaltung und um Nennung eines Termins für die Beratung der Gebührenordnung im Gemeinderat.

Außerdem bitten wir um Auskunft, wann die AG Friedhofswesen wieder tagen wird, um die strukturellen Fragen zu den Remsecker Friedhöfen anzugehen.

9. Vermuten wir richtig, dass vor der Vergabe der Programmierung der „Bürger-App“ der Gemeinderat einen Beschluss zum Leistungsumfang der App fassen wird?

Begründung:

Der Entwurf des Haushaltsplanes stellt beim Produkt 11.10 (Steuerung) auch den Aufwand für die geplante Bürger-App und den vom Land hierfür erhaltenen Zuschuss dar.

Wir begrüßen die Bürger-App als weitere Komponente der Bürgerbeteiligung in Remseck, wie auch die Möglichkeit, auf eine einfache Art der Verwaltung Mängelmeldungen zukommen zu lassen.

Was aber unseres Erachtens eingehender Diskussion im Gemeinderat bedarf, ist die Absicht, so genannte „Votings“ zu speziellen Themen in der Stadt über die App abzuwickeln. Wir meinen, dass die Grenzen zwischen Voting und förmlichem Bürgerentscheid und die Rolle dieser Instrumente in einer repräsentativen kommunalen Demokratie im Interesse aller Beteiligten sauber definiert werden müssen.

10. Welchen Sachstand haben die Planungen zum Bau des Ärztehauses an der Remstalstraße?

Begründung:

Wir beziehen uns auf früher gestellte Anträge und auf Anfragen unserer Fraktion und bitten um Mitteilung des Sachstandes, einerseits bezogen auf das Bauvorhaben, aber auch bezüglich der Gewinnung von interessierten Ärztinnen und Ärzten zur Ansiedlung im Ärztehaus.

11. Wann können wir mit der Beantwortung unserer noch offenen Anfragen zu Verkehrsthemen rechnen?

Begründung:

Die Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion hatte mehrfach, zuletzt am 28.11.17, davor am 17.03.17, am 08.11.16 und am 20.06.16 Probleme des Straßenverkehrs in Remseck in Form von schriftlichen Anträgen und Anfragen an die Stadtverwaltung herangetragen. Mehrere uns wichtige Komplexe wurde bisher nicht beantwortet bzw. in den Gremien behandelt. Stichwortartig seien genannt:

- Verkehrsuntersuchung an der Wehrbrücke (GR-Beschluss vom 24.04.18),

- Auswertung von Daten des Datenanbieters Inrix zu Verkehrsstaus in und um Remseck,

- Anbringung von Pförtnerampeln an der L 1140 und der L 1197 vor den Zufahrten aus Neckarrems in diese übergeordneten Straßen,

- Qualifizierung eigenen Personals zur Kontrolle des fließenden Verkehrs, ggfs. auch in interkommunaler Zusammenarbeit.

12. Welche mittelfristigen Entwicklungen sieht die Verwaltung bei den Gebühren für die Kindertagesstätten?

Begründung:

Wir beobachten bei diesem Thema eine Reihe interessanter Entwicklungen. Einerseits will der Bund über das „Gute-Kita-Gesetz“ über mehrere Jahre je rund 5 Mrd. Euro Zuschüsse an die Länder geben. Dies wirft eine Reihe von Frage auf, z. B. ob

- der Verwaltung bereits bekannt ist, wie sich Land und kommunale Spitzenverbände zu diesem Thema verständigt haben?

- ob die in Diskussion stehende Gebührenbefreiung für „Niedrigverdiener“ nicht zwingend die generelle Einführung sozial gestaffelter Gebühren erfordert?

Weiter nehmen wir zur Kenntnis, dass bei Mittelstädten in der Region (z.B. Böblingen, Sindelfingen, Waiblingen) ausweislich eines Berichtes der Stuttgarter Zeitung vom 27.12.18 Entscheidungen in Sachen Kita-Gebühren getroffen wurden (teilweise Gebührenbefreiung, Zurücknahme der Kostendeckung durch Gebühren auf 10 %, Einführung einkommensabhängiger Gebühren).

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Darlegung der Vorstellungen der Stadtverwaltung für die nächsten Jahre.

13. Wie will die Verwaltung das Ziel eines „Einfrierens“ des Zuschussbedarfes aus Verwaltung und Betrieb erreichen?

Begründung:

Die Verwaltung hat bei der Einbringung des HH-Entwurfes auch das Ziel postuliert, ab 2019 das Ansteigen des Zuschussbedarfes aus Verwaltung und Betrieb verhindern zu wollen, diesen Zuschussbedarf also bei rund 27 Mio € „einzufrieren“.

Diese Absicht kommt der Vorstellung der Freien Wähler von einer soliden Haushaltsführung sehr entgegen, haben wir doch in den zurückliegenden Jahren immer wieder, insbesondere bei der Schaffung neuer Personalstellen, auf die Problematik des laufend steigenden Zuschussbedarfes hingewiesen.

Daher wollen wir die Ideen der Verwaltung gerne konkretisiert haben und insbesondere wissen, was dieses „Einfrieren“ für die Stellenpläne der kommenden Jahre bedeutet.

Wir beantragen:

1. **Dem Gemeinderat bis spätestens Mitte 2019 die am 05.04.2018 beantragte längerfristige Prognose zur Finanzentwicklung vorzulegen bzw. diese in einer Klausurtagung mit dem Gemeinderat zu diskutieren.**

   Begründung:
   Auf o.g. Antrag der Freie Wähler-Fraktion hatte der Gemeinderat beschlossen, dass die Verwaltung eine längerfristige Prognose (Zieljahre 2025 und 2030) für die Entwicklung der Investitionen, der Kreditaufnahmen, des Standes der Verschuldung und der jährlich zu erwirtschaftenden Abschreibungen erstellt. Den Wunsch unserer Fraktion, diese Prognose rechtzeitig vor Beginn der Beratungen zum Haushalt 2019 vorzulegen, konnte die Verwaltung aus nachvollziehbaren Gründen nicht erfüllen.
   Der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf 2019 verstärkt bei unserer Fraktion die Überzeugung, dass ein längerfristiger Planungshorizont als der Zeitraum der aktuellen Finanzplanung erforderlich ist, um kommunalpolitisch die richtigen Weichenstellungen vornehmen zu können. Wir sehen die allgemein als kritisch betrachtete Verschuldungsgrenze von 1000 €/Einwohner in Blickweite, ohne dass wichtige Maßnahmen finanziell bereits abgesichert wären (z.B. Schulcampus Aldingen, Westrandbrücke, Stadtbahnverlängerung nach Pattonville und BRT-Trassen nach Ludwigsburg).
   Wir meinen, diese längerfristigen Planungen auch zu brauchen, um beim Eintreten von eventuell negativen Finanzentwicklungen politisch Priorisierungen beschließen zu können.

2. **Die Verwaltung legt dem Gemeinderat bis April 2019 ein Konzept vor, wie sie die in der Finanzplanung bis 2021 dargestellten Einnahmen aus Baulandverkäufen realisieren will. Das Konzept soll einen Zeit- und Ressourcenplan enthalten.**

   Begründung:

   Wiederholt hat die Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion durch Anträge – zuletzt am 05.04.2018 – darauf gedrängt, die dringend notwendige Bereitstellung von Bauland mit erhöhtem Nachdruck zu betreiben; der Gemeinderat hatte dies im April 2018 auch so beschlossen.

   Wenn nun die Verwaltung selbst mit der Vorlage des HH-Entwurfs 2019 und der Finanzplanung bis 2021 formuliert: „Baulandverkauf ist das finanzielle Fundament“ der mittelfristigen Planung und „Dem Baulandverkauf kommt die entscheidende Bedeutung für die Finanzplanung zu“, sehen wir uns in unserer früheren Einschätzung, aber auch in unserer Skepsis bestätigt. Die Verwaltung spricht im Vorbericht von Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 64,756 Mio €; deren Realisierung sehen wir längst nicht als gesichert an.

   Betrachten wir die lange Dauer und die durchaus überschaubaren Erfolge von Baulandentwicklungs-Prozessen in den letzten Jahren, fehlt uns das Vertrauen in die vorgelegte Planung. Wir bitten deshalb, die konkrete Umsetzungsplanung der vorgesehenen Baugebiete mit dem Gemeinderat zu diskutieren und erinnern an des vom Gemeinderat im September 2016 beschlossene Modell der Baulandentwicklung

und an den Auftrag des Gemeinderats, geeignete und erfahrene Dienstleister zur Beschleunigung der Prozesse einzusetzen.

3. **Neben der Erschließung von Neubaugebieten wird der Fokus verstärkt auf die Innenentwicklung gelegt; für den Stadtteil Neckargröningen soll hierfür ein Konzept entwickelt werden.**

   Begründung:

   Entsprechend dem früher beschlossenen Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ soll der massiven Nachfrage nach bebaubaren Flächen auch dadurch begegnet werden, dass Potenziale der Innenentwicklung aktiviert werden.

   Das Land hatte von 2009 bis 2018 hierfür ein Förderprogramm aufgelegt, in dessen Rahmen viele Kommunen und die sie beratenden Planungsbüros umfangreiche Erfahrungen sammeln konnten. Konkret ist uns das Konzept zur Innenentwicklung in Renningen-Malmsheim mit dem Institut für Stadt- und Regionalentwicklung an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen positiv aufgefallen.

   Wir wünschen uns für einen Stadtteil, bevorzugt für Neckargröningen, ein Konzept für die Innenentwicklung erarbeiten zu lassen.

4. **Dass die Verwaltung bis Juni 2019 dem Gemeinderat darlegt, wie sie sich die Breitstellung preiswerten Wohnraumes konkret vorstellt.**

   Begründung:

   Der Oberbürgermeister hat bei der der Einbringung des Haushalts den Einstieg in ein Projekt „Preiswertes Wohnen“ im Jahr 2019 angekündigt. Die Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion begrüßt diese Absicht, erkennt aber noch nicht das Vorhandensein entsprechender Rahmenbedingungen in Remseck.

   Daher bitten wir um Darstellung der angedachten Wohnformen, der Baustandards sowie des Umsetzungskonzeptes (Bauherrschaft, Bauträger, Realisierungspartner usw.).

Remseck am Neckar, den 03. Januar 2019

Peter Bürkle
Jürgen Geiger
Jens Kadenbach
Gerhard Waldbauer
Isabel Eisterhues
Peter Großmann
Rainer Plessing

Anlage 2
zu Vorlage 1/2019

Remseck, den 05.01.2018

Fragen im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2019

Die Gemeinderatsfraktion von Bündnis90/Die Grünen hat folgende Fragen:

Wohnberechtigungsscheine und Wohnungsbauförderung

1. Wieviel Bescheinigungen für Wohnberechtigungsscheine wurden 2016, 2017 und 2018 von der Verwaltung ausgestellt?
2. Wieviel geförderte Wohnungen mit gültiger Zweckbindung gibt es in Remseck?

Schulgarten

Unter Produkt: 21.50.0000-Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen ist die Maßnahme: 001-Schulgarten aufgeführt mit 5000 € Ausgaben im Jahr 2019. Was ist da konkret geplant?

Städtisches Gartenbauland

1. Wo und in welchem Umfang (Anzahl Parzellen, Größe der Parzellen, Anzahl Pächter) hat die Stadt Gartenbauland verpachtet?
2. Wird das Gartenbauland ausschließlich für Gemüse- und Beerenobstanbau verpachtet oder auch als Freizeiteinrichtung für Grill- und Spielplatz?
3. Sind alle Parzellen verpachtet bzw. wie viele Parzellen sind nicht verpachtet?
4. Nach welchen Kriterien werden die Parzellen verpachtet?
5. Wie verteilt sich die Dauer der Pachtverträge (Anzahl Pachtverträge, die länger als 10 Jahre bestehen, 5 bis 9 Jahre, 2 bis 4 Jahre, 1 Jahr)
6. Ist der Verwaltung das Alter der Pächter bekannt? Wenn ja, wie verteilt sich die Verpachtung nach Altersgruppen?

gez. Karl Burgmaier, Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Heike Gebbert, Harald Röhrig

Anlage 2
zu Vorlage 1/2019

Remseck, den 05.01.2019

Biodiversität in Remseck

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die Verwaltung möge

1. einen aktuellen Sachstandsbericht über die Aktivitäten der Stadt Remseck im Bereich kommunale Biodiversität/Biotop- und Artenschutz vorlegen,

2. mitteilen, ob und falls ja wieviel Glyphosat von der Stadt bzw. den beauftragten Firmen verwendet wird sowie

3. künftig zusätzlich zu ergreifende Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Stadt aufzeigt, die insbesondere dem beschriebenen Insektensterben entgegenwirken können.

Begründung:

Der Rückgang der Artenvielfalt bei Wildpflanzen und die Verwendung von Herbiziden und Pflanzenschutzmitteln hat das Sterben von Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlingen und anderen Insekten zur Folge. Er hat in den letzten Jahren an Geschwindigkeit noch deutlich zugelegt. Das Insektensterben verursacht auch einen Rückgang der Zahl an Vögeln und sonstigen Tierarten, denen diese Insekten als Nahrungsgrundlage dienen. Neben der Gefährdung ganzer Ökosysteme infolge des Rückgangs bzw. des Aussterbens von Tier- und Pflanzenarten sind auch enorme wirtschaftliche Schäden zu erwarten, weil viele Insekten für das Bestäuben von Nutzpflanzen eine wesentliche Bedeutung haben.
Auch die Stadt Remseck kann einen Beitrag zur Biodiversität leisten. Beispiele für geeignete Maßnahmen wären etwa eine geringere Mähhäufigkeit auf Rasen- und Wiesenflächen, Verwendung von Samenmischungen mit regionalem Saatgut von Wildpflanzen, besondere Schutzmaßnahmen gefährdeter Arten wie dem Rebhuhn auf Remsecker Markung sowie Verzicht auf Dünger, Pflanzenschutzmittel und Herbizide.

gez. Karl Burgmaier, Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Heike Gebbert, Harald Röhrig

Anlage 2
zu Vorlage 1/2019

Remseck, den 05.01.2019

Information der Bürgerschaft über Nord-Ost-Ring und Westrandbrücke

Nord-Ost-Ring und Westrandbrücke sind in der Bürgerschaft umstrittene Themen. Wir halten daher eine objektive Information durch die Stadt zu beiden Verkehrsprojekten für dringend notwendig. Ein wichtiger Baustein einer solchen Informationsoffensive ist für uns das Sichtbarmachen des Verlaufs dieser beiden Straßen- und Brückenprojekte in der Landschaft.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt daher, dass die Verwaltung mittels Pfosten und Informationstafeln

1. den Verlauf des Nord-Ost-Rings auf Gemarkung Aldingen vom Neckar bis zur Gemarkungsgrenze mit Kornwestheim sichtbar macht

2. den Verlauf der Westrandbrücke und die anschließenden Straßen bis zur Fellbacher Straße (L 1197) unter dem Schlossberg und zur Straße nach Ludwigsburg (L 1140) sichtbar macht.

Begründung:

Durch das Sichtbarmachen der beiden Straßenprojekte in der Landschaft werden diese Projekte konkreter erfahrbar als auf dem Papier. Beide Projekte hätten bei ihrer Realisierung große Auswirkungen auf Bürgerschaft und Landschaft. Das Sichtbarmachen der beiden Projekte halten wir daher für eine sinnvolle Ergänzung der bisher praktizierten Öffentlichkeitsarbeit zu den beiden Projekten. Als Beispiel für

ein solches Öffentlichkeitsprojekt kann die von der Stadt Fellbach realisierte Sichtbarmachung des Nord-Ost-Rings auf der Gemarkung Oeffingen dienen.

gez. Karl Burgmaier, Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Heike Gebbert, Harald Röhrig

Anlage 2
zu Vorlage 1/2019

Remseck, den 05.01.2019

Soziale und ökologische Anforderungen an den Städtebau in Remseck

Antrag:

Die Verwaltung möge ein Anforderungsprofil für den weiteren Städtebau in Remseck entwickeln unter Berücksichtigung der u.g. und in unseren Anträgen von 2016 (Neue Baugebiete: sozial und ökologisch) und 2018 (Schaffung von bezahlbarem Wohnraum) näher ausgeführten Kriterien.

Begründung:

Wir erinnern an unseren Anträge aus den Jahren 2016 und 2018 und die dortige ausführliche Begründung. Eine entsprechende Projektgruppe „Baulandentwicklung“ ist in der Folge zwar gebildet worden, jedoch konnte noch nichts an innovativen Inhalten umgesetzt oder formuliert werden.

Wir halten deshalb erneut die Beschreibung des Anforderungsprofils an den weiteren Städtebau in Remseck unter folgenden Gesichtspunkten für erforderlich:

Ein Klimakonzept für ein gesamtes Quartier unter der Berücksichtigung ökologischer Kriterien wie zentrale Wärmeversorgung (Kraft-Wärme-Kopplung), Stromerzeugung durch Photovoltaik, Trennsystem bei der Entwässerung, kompakte Bauweise, ausreichende Kühlung und Durchlüftung durch maximal mögliche Grünflächen, Mobilitätskonzepte, die über einen Stellplatznachweis hinausgehen.

Der soziale Aspekt sollte durch die Privilegierung besonderer Wohn- oder/und Eigentumsformen einfließen sowie durch Festlegung eines bestimmten Anteils an günstigem Wohnraum.

Dieses Profil einschließlich der Vorstellungen, wie es umgesetzt werden kann, wird spätestens für die Entwicklung der Baugebiete der „Neuen Mitte“ benötigt.

Passende Fördermöglichkeiten sind zu nutzen, eine Beteiligung an der IBA 2027 zu prüfen. Wir möchten hier ausdrücklich auf die Holzbau-Offensive des Landes verweisen. Minister Hauk hat hierfür 16,6 Millionen Euro für die nächsten 5 Jahre bereitgestellt, was sich auch auf Förderprogramme auswirkt. Holzbauweise hat überzeugende wirtschaftliche, ökologische und damit auch soziale Vorzüge.

gez. Karl Burgmaier, Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Harald Röhrig, Heike Gebbert

Anlage 2
zu Vorlage 1/2019

Remseck, den 05.01.2019

Städtische Wohnbaugesellschaft Remseck

In Remseck kann die stetig steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nicht gedeckt werden. Wir halten eine zu gründende Städtische Wohnbaugesellschaft für ein geeignetes Instrument zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum in Remseck.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt daher, dass die Verwaltung die Gründung einer Städtischen Wohnbaugesellschaft Remseck prüft. Die Prüfung soll insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Welche Vor- und Nachteile hat eine Städtische Wohnbaugesellschaft Remseck zur Erreichung des Ziels „Bezahlbarer Wohnraum“?

2. Welche Rechtsform kommt für die neu zu gründenden Gesellschaft in Frage?

3. Welches sind die notwendigen Schritte zur Gründung einer Städtische Wohnbaugesellschaft Remseck?

4. Welche Alternativen gibt es zu zur Städtischen Wohnbaugesellschaft Remseck zur Erreichung des Ziels „Bezahlbarer Wohnraum“ und wie bewertet die Verwaltung diese Alternativen im Vergleich zu einer Städtischen Wohnbaugesellschaft Remseck?

Begründung:

Die Nachfrage nach Miet- und Eigentumswohnungen kann in Remseck nicht gedeckt werden. Die Folge sind hohe und weiter steigende Priese sowohl für Eigentums- als auch für Mietwohnungen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Schaffung preisgünstigen Mietwohnraums sowohl im geförderten sozialen Wohnungsbau als auch im Einkommensbereich unmittelbar darüber, also über den Einkommensgrenzen des Wohnberechtigungsscheins, allein über den freien Markt nicht zu realisieren ist. Ein Hoffen auf private Investoren erscheint unserer Fraktionen gerade im Hinblick auf den aktuell großen Bedarf nach preisgünstigem Wohnraum nicht sachgerecht. Wir sind davon überzeugt, dass eine positive Entwicklung in dieser Frage ohne ein – auch finanzielles – Engagement der Stadt in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist. Eine Städtische Wohnbaugesellschaft Remseck ist daher für uns ein geeignetes Instrument zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum.

gez. Karl Burgmaier, Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Heike Gebbert, Harald Röhrig

06.01.2019

Fragen der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019

1. **Vorbericht V 23**

50.000 € für Umgestaltung Schiffkreuzung: Was ist konkret geplant?

2. **Vorbericht V 23**

Im letzten Satz heißt es, der Mietaufwand geht 2019 auf rund 900.000 € zurück, da u.a. die Verträge für die Flüchtlingsunterkünfte Hummelberg und Meslay-du-Maine-Straße auslaufen. Was bedeutet dies?

Laut Vorlage 158/2017 zur GR-Sitzung am 24.10.2017 wurden die Container auf vier Jahre angemietet.

Ist es ein Schreibfehler und müsste eigentlich „2021“ oder „2022“ statt 2019 heißen?

3. **Vorbericht V 24**

Bei „Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude“ sind Mehrausgaben von 236.000 € im Vergleich zum Planansatz 2018 veranschlagt. Wie erklärt sich diese Steigerung um 12,5 %?

4. **Vorbericht V 24**

Hier sind für die Remstal-Gartenschau Aufwendungen von insgesamt 617.000 € aufgeführt, wobei es sich offenbar um keine Investitionskosten handelt. Hinzu kommen weitere 173.000 € „Kostenbeteiligung an der Remstalgartenschau GmbH“ (V 27). Somit Ausgaben von insgesamt 790.000 €.

Bitte um nähere Erläuterung, für was konkret diese Mittel veranschlagt sind.

Seite 488 gibt auch keine nähere Auskunft.

5. **Seite 268:**

Zeile 17: Transferaufwendungen. Starker Anstieg von 624.000 in 2018 auf 936.000 in 2019. Abmangel SSB? Hoffentlich nur Ausreißer? Finanzplanung ab 2020 wieder deutlich darunter.

6. **Seiten 292-315**

Personalaufwendungen Grundschulen:

Weshalb gehen in Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Pattonville die Ansätze für Personalaufwendungen im Vergleich zu 2018 zum Teil erheblich zurück, während sie für Neckarrems von 20.500 € auf 159.200 € um 700 Prozent (!) steigen? Weshalb gibt es bei so gravierenden Abweichungen keine Erläuterung als Fußnote?

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

06.01.2019

7. **Seiten 328-339**

Weshalb sind auch bei der Realschule, dem Gymnasium und der Gemeinschaftsschule die Ansätze für Personalaufwendungen und für Sach- und Dienstleistungen deutlich niedriger als 2018?

8. **Seite 346, Musikpflege**

Zeile 14: Was ist der Grund, weshalb für 2019 für Sach- und Dienstleistungen 22.400 € veranschlagt werden? 2018 waren es 12.100 und für 2020 sind 13.100 € vorgesehen.

9. **Seite 370, Bibliotheken**

Bei Personalkosten und Sachkosten ist in der Finanzplanung die Mediathek wohl noch nicht berücksichtigt!

10. **Seite 388**

Sind die Kosten von 62.000 € ausschließlich für das MobiFaz? Wenn ja: Wie erklärt sich die Differenz zur Vorlage 136/2018 zur GR-Sitzung am 20.11.2018, in der die jährlichen Gesamtkosten mit 44.370 € beziffert werden.

11. **Seite 476, Gemeindestraßen**

Zeile 6, sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte:

in 2018 waren 2.000 € veranschlagt, ab 2019 sind es 50.000 €. Um was geht es, und weshalb diese Steigerung? Hier wäre eine Erläuterung im Plan sehr hilfreich.

12. **Seite 502, Kriegsgräber, Ehrengräber**

Zeile 14, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für 2019 sind 12.000 € geplant. 2018 waren es 2.000 € und ab 2020 wieder 2.000 €. Was ist mit der Differenz von 10.000 € in 2019 konkret vorgesehen? Auch hier wäre eine Erläuterung sehr hilfreich.

13. **Seite 554, Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin**

Für 2019 10.000 € veranschlagt; in den Jahren davor und danach nichts. Was ist 2019 geplant?

14. **Seite 563**

1,1 Mio für den Erwerb der Flüchtlingsunterkunft Neckarkanalstraße. Ist das bereits Beschlusslage?

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

06.01.2019

15. Seite 718, Förderverein für Mittagtisch Wilhelm-Keil-Schule

Was macht dieser Verein? Weshalb Ansatz 2.750 €, obwohl RE 2017 (und auch die Jahre davor) 5.500 € war?

1. Seite 905 , Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die abschließende Finanzierung der Abwasseranlagen für die innere und äußere Erschließung des Gebiets Rainwiesen II ist mit 50.000 Mio. € eingeplant.

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 1: Erhaltungssatzung für den historischen Kern von Neckarrems

Die CDU Fraktion beantragt:

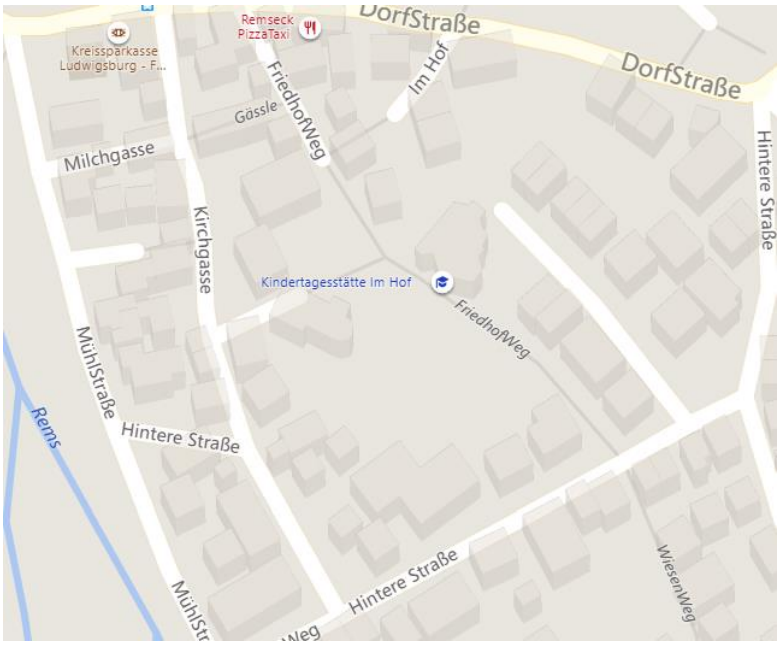
Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Erhaltungssatzung nach §172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB für den historischen Kern des Stadtteils Neckarrems und legt sie dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.

Begründung

Der Bestand an historischen Gebäuden in Neckarrems zwischen Milchgasse, Gässle, Friedhofweg, Hinterer Straße und Mühlstraße soll zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt durch eine Erhaltungssatzung geschützt werden.

Dadurch erhält die Baurechtsbehörde stärkere Eingriffsmöglichkeiten gegenüber dem reinen Einfügungsgebot, um eine behutsamere und das Zusammenspiel des Ensembles nicht störende Bebauung zu erlauben.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist das historische Ensemble in diesem Gebiet mit Kirche, Pfarrhaus, Schulhaus etc. schützenswert, und durch zu vermutende Neubebauung von Grundstücken in den nächsten Jahren möglichen negativen Veränderungen ausgesetzt.



Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 2: Nutzungskonzept Zehntscheuer

Die CDU Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Nutzungskonzeption für die Zehntscheuer in Neckarrems und legt sie dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.

Begründung

Die Zehntscheuer in Neckarrems steht in städtischem Eigentum. Aktuell wird sie zur Unterbringung von Fahrzeugen genutzt. Diese Nutzung ist auslaufend. Die lange angedachte Nutzung als Archiv wird nicht realisiert. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es geboten, jetzt in Überlegungen einzutreten, was mit diesem Gebäude geschehen soll.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 3: Umgang mit dem Thema Pflege und Demenz

Die CDU Fraktion beantragt:

1. Die Stadtverwaltung definiert einen Ansprechpartner in der Verwaltung als Kontaktperson für Angehörige von demenzerkrankten und pflegebedürftigen Menschen und macht dies über die Homepage bekannt.

2. Die Verwaltung sieht eine Befassung des ABFS mit dem Themenkomplex „Prognostizierter Bedarf an Pflegeleistungen und Plätzen“ vor.

Begründung

Demenz und Pflegebedürftigkeit stellen unsere Gesellschaft vor neue Anforderungen. Als kommunale Aufgabe sehen wir vor allem die Unterstützung von Angehörigen im Umgang mit dem Thema, also die Kommune als Vermittler von Informationen und Ansprechpartnern.

Die Benennung eines zentralen Ansprechpartners wird in den unterschiedlichen Leitfäden zur kommunalen Unterstützung des Themas empfohlen.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 4: Youtube-Kanal

Die CDU Fraktion beantragt:

1. Die Stadtverwaltung richtet einen Youtube-Kanal zur Unterstützung des städtischen Informationsangebots ein.
2. Der Vortragsteil von Bürgerversammlungen und ähnlicher Informationsveranstaltungen wird in Zukunft gefilmt und auf diesem Kanal bearbeitet eingestellt.

Begründung

Die klassische Bürgerversammlung erreicht nur einen Ausschnitt der Bevölkerung. Die Informationsbeschaffung via Youtube hat gerade in der jüngeren Bevölkerung zugenommen, was auch eine Rückmeldung des Jugendforums war.

Zuschauerreaktionen und Fragen sollen bewusst nicht gefilmt werden. Mit Bearbeitung ist gemeint, dass die Filme editiert und in Kapitel mit thematischem Bezug untergliedert werden.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 5: Verkehrsüberwachung Aldingen

Die CDU Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung intensiviert die Überwachung und Ahndung von Verstößen gegen die StVO im Bereich Cannstatter Straße, Neckarstraße und Kornwestheimer Straße.

Begründung

In dem genannten Bereich sind besonders häufig die Missachtung von Halte- und Parkverboten sowie unerlaubtes Gehwegparken zu beobachten. Die aktuelle Situation in diesem Bereich stellt eine starke Behinderung und Gefährdung für Fußgänger im Allgemeinen und insbesondere für Fußgänger mit Kinderwagen und Rollatoren sowie Rollstuhlfahrer dar.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 6: Verkehrsbelastung in Neckarrems

Die CDU Fraktion beantragt:

1. Die Stadtverwaltung erabeitet Verbesserungsvorschläge, wie der Verkehrsfluss in Neckarrems so gestaltet werden kann, dass die Belastung für Neckarremser Auspendler reduziert wird. Dazu gehört aus unserer Sicht die Modifizierung von Ampelschaltungen.

2. Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat, wie sich aus Sicht der Verwaltung das erwartbare höhere Verkehrsaufkommen durch die Realisierung des Baugebiets Schwaikheimer Straße auswirken wird bzw. aufgefangen werden soll.

Begründung

Aktuell ist zu Zeiten des Berufsverkehrs die Situation für Pendler aus Neckarrems durch die Verkehrsbelastung schwierig. Das neue Wohngebiet wird diese Situation örtlich zusätzlich erschweren.

Mittel- bis langfristige Verbesserungen sind durch den optimierten Verkehrsfluss durch die Streckenführung Westrandstraße und den Abfluss überörtlichen Verkehrs auf die Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts zu erwarten.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 7: Bürgerhalle Hochberg

Die CDU Fraktion beantragt:

1. Die Stadtverwaltung legt dar, ob ein Gesamtersatz der Toilettenanlage der Bürgerhalle Hochberg möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung legt dar, ob eine Abdichtung des Daches der Bürgerhalle interimistisch möglich ist.

Begründung

Laut Haushaltsplan werden Maßnahmen im Toilettenbereich durchgeführt (41.41 „Pinkelrinne“). Die CDU-Fraktion regt an, die Gelegenheit für eine Sanierung der Toilettenanlagen insgesamt zu nutzen.

Das Dach der Bürgerhalle ist undicht, so dass Wasser selbst bei geringem Regenfall oder Tauwetter eintritt.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 8: Bebauungspläne

Die CDU Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat eine geeignete Auflistung (Karte/tabellarisch) des Planungszustands im Gemeindegebiet vor, aus dem hervorgeht,

- Welche Teilgebiete im Innenbereich nicht mit einem Bebauungsplan überplant sind
- Wo Bebabauungspläne gelten, und in welchem Jahr diese aufgestellt wurden.

Begründung

Im Zuge der Nachverdichtungsdebatten in Aldingen, Neckargröningen und Hochberg bat die CDU-Fraktion um diese Aufstellung, was bisher nicht erfolgte.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 9: ÖPNV

Die CDU Fraktion beantragt:

1. Die Stadtverwaltung möge berichten,
- welche Kosten durch eine Ausweitung des Taktes der Linie 431 um eine Stunde in den Abendstunden entstehen.
- Welche Kosten durch eine Weiterführung der Linie 431 in Stunden, in denen die Linie von Ludwigsburg oder Waiblingen kommend in Neckarrems bzw. von Waiblingen kommend in Hegnach endet, entstünden.

2. Die Stadtverwaltung möge berichten, wann die Anträge zur Auslastung der Linie 403 „Einkaufslinie“ und zur Funktionsfähigkeit der Elektronischen Anzeigetafel aus der letzten Haushaltsberatung aufgerufen werden sowie welche Erkenntnisse die Stadtverwaltung im Dialog mit dem VVS über die eingeschränkte Zuverlässigkeit der Verspätungsanzeige der Stadtbus-Linien in der VVS-App gewonnen hat.

3. Die Stadtverwaltung möge berichten, ob sich die Taktverdichtung der Linie 533 auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung der geplanten Stadtbahnverbindung nach Ludwigsburg oder alternativer Systeme auswirkt.

Begründung

Durch die Taktverdichtung der Linie 533 sind alle ÖPNV-Verbindungen aus Remseck heraus- 430/433 via Hochdorf/Hochberg nach Ludwigsburg, 533 via Aldingen/Pattonville nach Ludwigsburg und U12 nach Stuttgart so getaktet, dass sie eine gute Abdeckung auch am Wochenende und in den Abendstunden anbieten. Als einzige Linie hinkt die 431 über Neckarrems und Neckargröningen hinterher, die mit letzter Abfahrt um 22:31 Uhr in Ludwigsburg endet. Hier sehen wir einen einheitlichen „Remsecker Standard“ als sinnvoll an.

Die mangelnde Funktionsfähigkeit von Anzeigesystemen bzw. die Übermittlung falscher Angaben wird seit Jahren thematisiert und sollte behoben werden.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

6.01.2019

Antrag 10: örtliche Nahversorgung in den Stadtteilen

Die CDU Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung zieht Erkundigungen über best-practice-Beispiele zur Sicherung nahörtlicher Versorgung ein und berichtet Ende 2019 über die Ergebnisse im Gemeinderat.

Begründung

Der Verlust von Angeboten der örtlichen Nahversorgung ist ein bekanntes Phänomen in Remseck. Er betrifft auch Stadtteile, die von ihrer Größe her Versorgungsangebote tragen könnten. Versuche, hier gegenzusteuern beschränken sich nicht auf Kommunen im ländlichen Raum, auch die Landeshauptstadt Stuttgart hat mit „Nahversorgung konkret“ ein Konzept erarbeitet. Die Suche nach best-practice Beispielen sehen wir weniger im Bereich der Subventionierung von Einrichtungen, mehr im Zusammenspiel von Wirtschaftsförderung und -Beratung. Auch können dadurch Erkenntnisse gewonnen werden, wie im Bereich Neue Mitte erfolgreich Einzelhandel angesiedelt werden kann.

Gez.

Kirsch und Fraktion

Die CDU Fraktion im Remsecker Gemeinderat
Steffen Kirsch Dr. Hubert Effenberger Dr. Frank Knödler Horst Leutenecker Dr. Thomas Schulz Georg Strohmaier Dr. Nikolaus Wachter

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zur Erfassung von Baulücken, in denen Wohnbebauung möglich ist.

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, jene im Stadtgebiet liegenden Baulücken zu erfassen, in denen eine Wohnbebauung möglich ist.

Begründung:

Wie bekannt ist nach derzeitiger Rechtslage in den Stadtteilen Hochdorf, Hochberg und Neckargröningen nur eine bauliche Innenentwicklung vorgesehen (wenn von dem im Flächennutzungsplan enthaltenen Siedlungsgebiet „Neue Mitte“ abgesehen wird. Auch in Aldingen sind derzeit keine größeren Erschließungen neuer Baugebiete möglich.

Andererseits besteht im mittleren Neckarraum eine bedrückende Wohnungsknappheit. Daher muss die Innenentwicklung der Stadtteile verstärkt in den Blick genommen werden. Es ist mithin sinnvoll, die der Wohnbebauung

zugänglichen Baulücken systematisch zu erfassen. Ziel einer solchen Erfassung ist nicht, in das Eigentum einzugreifen oder auf die Eigentümer Druck auszuüben; vielmehr wird es durch eine solche Erfassung möglich, die maximal mögliche Steigerung von Wohnraum im Innenbereich zuverlässig abzuschätzen. Überdies können in geeigneten Fällen mit den Eigentümern Gespräche über eine Schließung der Baulücke aufgenommen werden.

Layher

Fraktionsvorsitzender

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zur Bezuschussung von Vereinen, die Defibrillatoren installieren

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Vereine, die in ihren Übungsstätten oder Vereinsräumen einen Defibrillator installieren, erhalten von der Stadt einen Zuschuss in Höhe der Hälfte der dadurch entstehenden Kosten.

Begründung:

Die Förderung und Bewahrung der Gesundheit gehört zu den Zielen, die sich die Stadt gesetzt hat. Diesem Ziel ist es förderlich, wenn möglichst viele Übungsstätten und Versammlungsräume mit Defibrillatoren ausgestattet sind, da durch deren fachgerechten Einsatz die Überlebenschancen bei Infarktereignissen oder sonstigen Herzinsuffizienzen deutlich gesteigert werden können. Es liegt deshalb im öffentlichen Interesse eine möglichst dichte Versorgung mit Defibrillatoren zu erreichen. Eine finanzielle Unterstützung der Vereine durch die Stadt für diese Präventionsmaßnahme ist daher angemessen.

Finanzierung: Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.

Layher

Fraktionsvorsitzender

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zur Verwendung der zu erwartenden Mittel aufgrund des „Gute-Kita-Gesetzes“.

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die der Stadt aufgrund des „Gute-Kita-Gesetzes“ zufliessenden Mittel werden zu Entlastung der von den Eltern geschuldeten Gebühren verwandt.

Begründung:

Aufgrund des sog. „Gute-Kita-Gesetzes“ stellt der Bund den Ländern für Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung 5,5 Milliarden Euro bereit. Es ist derzeit noch nicht bekannt, welcher Betrag hiervon der Stadt zufliessen wird. Ein wichtiges Ziel des Gesetzes besteht in der Entlastung der Eltern von den für die Kinderbetreuung geschuldeten Gebühren. Dieses Ziel ist angesichts der nicht unerheblichen Gebührenbelastung der Eltern in Remseck am besten dadurch zu erreichen, dass die der Stadt zufliessenden Mittel zur Senkung der Gebühren verwandt wird.

Layher

Fraktionsvorsitzender

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zum städtebaulichen Entwicklungsbereich „Kriegerareal“

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung berichtet innerhalb von zwei Monaten dem Gemeinderat zum Stand des Verfahrens zur Bildung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Kriegerareal“ und entwickelt Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

Begründung:

Der Gemeinderat hat am 23.05.2017 einstimmig die Durchführung vorbereitender Untersuchungen nach §§ 165 Abs. 4, 141 BauGB beschlossen und den Auftrag zu Vornahme der vorbereitenden Untersuchungen vergeben. Seither hat der Gemeinderat in dieser Angelegenheit keine weitere Entscheidung getroffen. Es ist daher notwendig, sich über den Stand des Verfahrens und die weitere Vorgehensweise klar zu werden. Diesem Ziel dient der Antrag.

Layher

Fraktionsvorsitzender

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zur Prüfung einer Pförtnerampel an der L 1140

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit den weiteren zuständigen Stellen zu prüfen, ob die Einrichtung einer Pförtnerampel an der Landesstraße 1140 vor der Abzweigung der Schwaikheimer Straße möglich ist.

Begründung:

Die auf der Landesstraße 1140 durch den in Richtung Remsbrücke strebenden Fahrzeugverkehr führen regelmäßig zu erheblichen Staus. Dies hat zur Folge, dass eine beachtliche Zahl der Fahrzeugführer in der – unbegründeten – Hoffnung auf schnelleres Fortkommen in die Schwaikheimer Straße abbiegen, um dann über die Dorfstraße und die Straße Am Remsufer zur Remsbrücke zu gelangen. Dies führt im Stadtteil Neckarrems zu Staus und teilweise wegen der Enge des Verkehrsraums auch zu gefährlichen Situationen. Diesem Zustand könnte durch eine vor der Abzweigung in die Schwaikheimer Straße zu installierende Pförtnerampel entgegengewirkt werden, da diese so gesteuert werden kann, dass die Spitze des an der Ampel stehenden Staus bei „grün“ geradeaus fahren kann, was den

Schlechverkehr erfahrungsgemäß deutlich vermindert. Dadurch kann auch eine Ausdünnung des Staus im Bereich der Remsbrücke und der Kreuzung Fellbacher Straße/Remstalstraße erreicht werden, was die Beeinträchtigungen für die Anwohner vermindert.

Layher

Fraktionsvorsitzender

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zur besseren Trennung von Radfahrern und Fußgängern auf Radwegen, insbesondere auf dem Neckardamm

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um Radfahrer und Fußgänger auf Radwegen, insbesondere auf dem Neckardamm besser zu trennen und dem Gemeinderat darüber bis Ende Juli 2019 zu berichten.

Begründung:

Auf Radwegen, insbesondere auf dem Neckardamm, kommt es bei schönem Wetter besonders an Wochenenden zwischen Fußgängern und Radfahrern immer wieder zu Belästigungen und zu gefährlichen Situationen. Diese ergeben sich vor allem daraus, dass der Verkehrsraum für Fußgänger und Radfahrer nicht getrennt ist. Es liegt im öffentlichen Interesse, zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, diese Situation zu verbessern, zumal wegen der bevorstehenden Interkommunalen Gartenschau mit einer Steigerung des Radfahrverkehrs zu rechnen ist. Im Bereich zwischen Stuttgart-Mühlhausen und Neckargröningen wäre auch die Zuweisung einer Neckarseite als

ausschließlicher Verkehrsraum für Radfahrer denkbar. Die Verwaltung möge daher die Prüfung im Kontakt mit der Polizei und der Stadt Stuttgart durchführen-

Layher

Fraktionsvorsitzender

Anlage 4
zu Vorlage 1/2019

Gemeinderatsfraktion Remseck a. N.

Antrag der SPD Fraktion zur Verbesserung der Überwachung des LKW-Fahrverbots in Hochberg

Die SPD-Fraktion beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Möglichkeiten einer besseren, ggf. stationären, Überwachung des in Hochberg bestehenden LKW-Fahrverbots zu prüfen und dem Gemeinderat über das Ergebnis bis Ende Juni 2019 zu berichten.

Begründung:

Das in Hochberg bestehende LKW-Durchfahrtsverbot wird nach den Beobachtungen der Anwohner nicht nur in Einzelfällen, sondern eher häufig nicht beachtet. Es kommt dadurch nicht nur zu Belästigungen, sondern teilweise auch zu gefährlichen Situationen. Es ist deshalb unser Bestreben, im Interesse der Verminderung der Immissionsbelastung und im Interesse der Verkehrssicherheit eine bessere und dichtere Überwachung des Verbots zu erreichen. Die Verwaltung soll deshalb beauftragt werden, eine Verbesserung der Überwachungsmöglichkeiten zu prüfen und hierzu selbstverständlich auch Gespräche mit der Verkehrspolizei zu führen.

Insbesondere soll geklärt werden, ob es technisch möglich ist, eine stationäre Überwachungsanlage zu installieren.

Layher

Fraktionsvorsitzender

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.04.2018

Fragen zum Haushaltsentwurf 2019

Thema Wohnbauflächen
Gibt es in Remseck weitere Flächen, die kurzfristig als 13b BauGB Gebiet ausgewiesen werden können und wenn ja welche?

Barrierefreiheit
Wenn auch als „Kostentreiber“ verpönt, zur Teilhabe allemal sehr, sehr wichtig:
Gerade das Thema Grundschule Pattonville hat es gezeigt, deshalb unsere Frage zum Thema Rathausareal:
Ist sichergestellt, dass alle verpflichtenden Gesetzesvorgaben zum Thema “Barrierefreiheit“ umgesetzt werden?

Kennzahlen Messung Leistungszielerreichung
Der FDP Fraktion fehlt die Kostendeckungsvergleichbarkeit. So wird für die Grundschule Pattonville ein Kostendeckungsgrad von rund 28% nachgewiesen, während bei den anderen Grundschulen der Wert plus/minus 1% liegt. Für Pattonville wünschen wir uns die Darstellung bezogen auf die Remsecker Schüler, damit die Vergleichbarkeit der Remsecker Grundschulen möglich ist.

Wir liegen die Vergleichzahlen von Schulen benachbarter Kommunen?

Gibt es einen politischen (verwaltungsinternen) Willen, einen bestimmten Kostendeckungsgrad anzustreben?
Oder ist die Darstellung der Kennzahlen nur eine „Übung“ zur Befriedung von Frage- und Antragstellern?

U12 / U 14
Auf Seite 716 steht U 12 / U 14. Was ist der Grund? Weil noch 2017 vermerkt? Oder gibt es noch eine finanzielle Mitverantwortung für die U 14? Falls ja, was sind die Gründe?

Thema Schulen:
Die FDP Fraktion hat am 09.10.2018 unter Kenntnisgabe an die anderen Fraktionen einen umfangreichen Fragenkatalog zum Thema „Schulen“ an die Verwaltung gesendet. Welche der dort angeregten bzw. vorschlagenen Maßnahmen sind im Haushaltsplan 2019 eingepreist, welche in den Folgejahren? Haben die erfolgten Gespräche mit den Schulleitungen zu teilweise anderen (investiven) Entscheidungen geführt und wenn ja, zu welchen und in welchen Zeitpunkt soll das umgesetzt werden?

Anfrage zur KulturRegion:
In *www.kulturregion-stuttgart.de/wer/partner-und-foerderer/:* steht „Die KulturRegion Stuttgart finanziert sich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder.“ Remseck ist in der Mitgliederliste aufgeführt. 43 von 179 Städten und Gemeinden der Region Stuttgart sind Mitglied der KulturRegion. Zusätzlich zu den Kommunen sind noch drei Vereine und der Verband Region Stuttgart Mitglied der Kulturregion, insgesamt also 47 juristische Personen. Der Verband Region Stuttgart zahlt laut Verbandshaushalt einen Mitgliedsbeitrag von 10.300 €.
Warum ist die KulturRegion bei den Mitgliedschaften Remsecks auf S.720f. nicht aufgeführt?
Wird der Mitgliedsbeitrag über Projektbeteiligungen abgerechnet?

FDP Fraktion

Gustav Bohnert
Fraktionsvorsitzender

Kai Buschmann

Armando J. Mora Estrada

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweiler Str. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Haushaltsberatung - Haushaltsverabschiedung

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, den Zeitplan zur Einbringung und Verabschiedung des kommunalen Haushalts dahingehend zu ändern, dass die Haushaltssatzung grundsätzlich bis zur letzten Sitzung des Vorkalenderjahres (Dezember) verabschiedet wird.

Begründung:
Es hat sich in Remseck über viele Jahre eingebürgert, dass der Haushaltsentwurf gegen Ende des Jahres, meist letzte Dezember-(Sonder-) Sitzung eingebracht wurde. Oft war eine Begründung, dass damit noch die Steuerschätzung des Novembers „eingepreist“ werden konnte. Grundsätzlich jedoch wird ein kommunaler Haushalt nach den Orientierungsdaten im Haushaltserlass des Ministeriums für Finanzen erstellt. 2019 auch nach den Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Dieser Erlass erging am 24.09.2018.

Es gibt den Begriff des „Weihnachtsfrieden“. So versenden auch in Baden-Württemberg viele Ämter zwischen Weihnachten und Neujahr keine Bescheide. Es hieß sogar, der Weihnachtsfriede trägt zur Bürgerfreundlichkeit bei.

Und wie sieht es mit Blick auf die Haushalte und den Weihnachtsfrieden in Remseck aus? Am 18.12.2018 bringt die Verwaltung den Haushalt ein. Am 07.01.2019 will die Verwaltung bereits die Anträge der Fraktionen vorliegen haben. Dazwischen liegen 8 – 10 Werktage, der gesamte Weihnachtsferienzeitraum. Eben nicht für die Stadträte in Remseck. Die bekommen knapp 1000 Seiten Haushaltsentwürfe ausgehändigt und sollen sich damit über die Feiertage beschäftigen.

Zudem ist der nach dem NKHR aufgebaute Haushaltsentwurf herausfordernder zu lesen, lassen sich viele Zahlen im Detail nicht (sofort) nachvollziehen und wir vermissen die umfangreich gewohnten Fußnoten zur Erklärung einzelner Zahlenansätze.

Gemeinderäte haben auch ein Recht auf ruhigere und entspanntere Tage zwischen Weihnachten und Dreikönig. Deshalb sollte der Haushalt für das Folgejahr in Remseck spätestens im Okt. / Nov. des Vorjahres eingebracht werden. Dies entspricht einem ordnungsgemäßen Ablauf.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert	Kai Buschmann	Armando J. Mora Estrada
Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Parkraummanagement

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung erstellt für die Ortsteile Remsecks ein Parkraummanagement-System.

Begründung:
Zunehmende KFZ Zahlen, vor allem aber Nachverdichtungen führen dazu, dass die öffentlichen Parkflächen in den Ortsteilen oft nicht ausreichen, die Kapazität der KFZ aufzunehmen. Ergebnis ist: Wildes Parken auf Grünstreifen, auf Gehwegen ohne Parkierungsstreifen, gegen die Fahrbahn, in Kreuzungsschnittpunkten, im Parkverbot. Ergebnis: Ärger ist vorprogrammiert.
In einem anderen Zusammenhang wird der Freiberger Bürgermeister zitiert: „"Pro Familie gebe es immer mehr Autos und Garagen würden als Lagerraum zweckentfremdet. Da könne es nicht Aufgabe der Stadt sein, kostenlosen Parkraum zur Verfügung zu stellen.“ Und weiter sagte er: "Es sei kein Drama, ein paar Meter zu Fuß zu gehen, aber es sei ein Drama, zu wenig sozialen Wohnraum zu haben."

Die Große Kreisstadt Remseck hat vor Jahresfrist mehrheitlich beschlossen, Radargeräte zu verbessern und einen 2. Radarmesswagen anzuschaffen. Es sollte jedoch nicht nur Jagd auf Temposünder gemacht werden, sondern es sollte auch das Sicherheitsbedürfnis aller Verkehrsteilnehmer (z.B. Fußgänger) berücksichtigt werden, so sollten z.B. Behinderungen durch Zuparken von Gehwegen, das Sichtverstellen bei Straßenquerungen usw. verstärkt in den Fokus der Verwaltung rücken.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Ladesäulen-Ladesysteme / E-Mobilität

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung prüft zusammen mit Spezialisten, inwiefern vorgesehene Ladevorrichtungen in der neuen Rathaustiefgarage durch intelligente Systeme ergänzt werden, die 10, 20 oder mehr Ladepunkte zentral ansteuern können und managen können.

Begründung:
Bereits bei der Planung der Rathaustiefgarage wurde die Anzahl der Ladestationen mehrfach diskutiert. Die aktuelle Debatte um Fahrverbote für Verbrennungsmotoren bestärkt diese Thematik. Ladesstationen für E Autos sind finanziell aufwändig, ein System, das zentral gesteuert wird und flexibel auf die Anzahl zu ladender Autos reagiert, erscheint daher sinnvoll.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Pflegeinfrastruktur(-planung)

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit den zuständigen Stellen des Landratsamtes Ludwigsburg in Verbindung zu setzen, um auf der Basis des aktuellen, ggf. fortgeschriebenen Kreispflegeplanes (2018-2025) gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie in Remseck die drohende Fehlzahl von rund 100 Plätzen im Bereich Pflege und Kurzzeitpflege bis zum Jahre 2025 begegnet werden kann.

Begründung:
Für die Planungen für Pflege- und Kurzzeitpflege ist auch im Landkreis Ludwigsburg der Kreispflegeplan bindend. 2025 ist für Remseck ein Bedarf von rund 250 Plätzen ermittelt worden. Im Bestand sind aktuell rund 150 Dauerpflegeplätze. Das bedeutet, dass ein weiterer Ausbau notwendig ist. Entsprechende Vorschläge und Überlegungen von Seiten der zuständigen Stellen des Landkreises, z.B. inwieweit die zusätzlich benötigten Plätze im Rahmen von ambulanten Pflegewohngemeinschaften – besonders quartiersorientiert und in Wohngebiete integriert - umgesetzt werden könnten, stehen im Raum. Gerade mit Blick auf die bevorstehende Umsetzung mehrere Baugebiete in Remseck sollte dieses Thema besonders berücksichtigt werden.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Neustart Runder Tisch „Naturschutz und Landschaftsplanung“

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung startet den Runden Tisch „Natur und Landschaftsplanung“ neu.
Der Name wird in „Runder Tisch Naturschutz, **Landwirtschaft** und Landschaftsplanung“ geändert.
Schwerpunkt soll zukünftig projektorientiertes Arbeiten sein.

Begründung:
Der seit Jahren bestehende Runde Tisch „Naturschutz und Landschaftsplanung“ dümpelt vor sich hin. Die Sitzungen sind oft ritualisierten Abläufen unterworfen. Ansprüche und Anforderungen der Teilnehmer erscheinen oft als „Arbeitsaufträge“ an die Verwaltung. Die Enttäuschung ist groß, wenn dann Erwartungen nicht eintreten. Bestimmte Interessengruppen ziehen sich von den Sitzungen zurück.

Ziel des runden Tisches „Natur, Landwirtschaft und Landschaftsplanung“ sollte nicht nur das Formulieren von Anforderungen an die Stadt und die Erwartung derer Umsetzung sein, Ziel sollte nicht nur sein, gegenseitiges Verständnis für Tun und Handeln (z.B. Landwirtschaft und Naturschutz) zu erreichen, sondern Ziel sollte sein, gemeinsam synergetisch für sinnvoll erachtete Projekte einzutreten und diese umzusetzen. Für die Umsetzung bestimmter Projekte lassen sich dann zur „Stammbesetzung“ des Runden Tisches auch weitere Mitstreiter gewinnen. Zudem fördert Projektarbeit eine höhere Identität.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Ortsteil-Manager in Remseck

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, dass jeder der 3 Bürgermeister als verantwortlicher Ansprechpartner für je 2 Ortsteile unter dem Arbeitstitel „Ortsteilmanager“ zur Verfügung steht und mind. 1 x pro Jahr in den ihm zugeordneten Ortsteilen Rede und Antwort steht, Sorgen, Bedürfnisse und Anregungen aufnimmt und in den kommunalpolitischen Prozess einbringt bzw. im Verwaltungshandeln umsetzt.

Begründung:
Ohne Zweifel hat Remseck aktuell herausfordernde zentrale Themen als Gesamtstadt zu bewältigen. Diese Themen berühren aber immer die Ortsteile in unterschiedlicher Gewichtung. Auch die Vermittlung der Nutzenbeziehung zentraler Maßnahmen gehört dazu. Deswegen dürfen die Themen der Ortsteile nicht vergessen werden.
Die Diskussion um mögliche Beteiligungsformen in Pattonville (Beirat), sprich die bürgernahe Einbindung ist noch in Erinnerung. Remseck hat keine echte oder unechte Teilortswahl. Es gibt also keine direkte oder indirekte Vertretung der Ortsteile im Stadtsystem. Es gibt keine Stadtteilausschüsse (wie z.B. in Ludwigsburg). Sehr wohl aber gibt es „stolze und selbstbewusste Ortsteile“, wie unsere Baubürgermeisterin Frau Priebe anlässlich Ihrer Bewerbungsrede 2018 feststellte.
Deshalb halten wir es für geboten, in der Verwaltung, über Formen unter dem Arbeitstitel „Ortsteilmanager“ nachzudenken, sprich, dass sich die Bürgermeister speziell für die Belange der einzelnen Ortsteile sensibilisieren und Ansprechpartner sind.
In unserer HH Rede 2018 haben wir darauf schon hingewiesen, damals kaum beachtet scheinbar, teilweise beim Vortrag belächelt. Wahrnehmen von Themen und Situationen, in Verbindung mit frühzeitiger Information und Einbindung der (Ortsteil-) Einwohner halten wir für notwendig. Remseck ist keine historisch gewachsene Zentralstadt, sondern eine 6er Stadt, das darf bei allen Entscheidungen im Rat und beim Verwaltungshandeln nicht vergessen werden.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert	Kai Buschmann	Armando J. Mora Estrada
Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Einkommensabhängige Gebühren

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit dem Thema einkommensabhängige Gebühren in den Bereichen KiTa, Kernzeit, Hort, Jugendmusikschule beschäftigt.

Begründung:
Aus Sicht der FDP Fraktion sollte der einzige Maßstab, Gebühren für KiTa, Kernzeit, Hort, Jugendmusikschule zu subventionieren, das Familieneinkommen (Gesamtbetrag der Einkünfte) sein.
Kriterien wie ‚Anzahl der Kinder' oder ‚Kinderzahl in der Einrichtung' halten wir für nicht zielführend. Auch andere Kriterien wie z.B. ‚Wohngeldempfänger' – argumentativ als Prüfungsvereinfachungsgrund angeführt - halten wir für nicht zielführend. Zumal in den „Grenzbereichen" eine „alles oder nichts" Regel greift. So löst der kleinste Wohngeldanspruch bereits eine zusätzliche Gebührensubvention aus, die den Subventionsempfänger besser stellt, als den, der gerade an der Grenze zum Wohngeld scheitert.

Remseck ist z.B. weit vom durch die Fach- und Sozialverbände empfohlenen 20% Deckungsgrad durch Familienbeiträge an den Gesamtkosten der KiTas entfernt. Die Benutzungsgebühren decken lt. Haushaltsplanentwurf 2019 noch nicht einmal 12% der Gesamtkosten. Durch die in Remseck angewandte Regelung subventionieren wir auch finanziell besser gestellte Familieneinkommen. Diese haben ggf. zusätzlich noch erweiterte Steuervorteile durch Kinderfreibeträge, Erziehungsfreibeträge und Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten. Und wir greifen Familien mit weniger Einkommen (die von den vorgenannten Vorteilen praktisch nicht profitieren) %ual tiefer in die Tasche.
Es sollte also der „echte Preis" für die jeweilige Einrichtung (Kernzeit, Kindertagesstätten, Hort, Jugendmusikschule) als Ausgangslage errechnet werden. Abzgl. Landes- und sonstige Zuschüsse - bleibt davon ein ungedeckter Betrag. Der Gemeinderat definiert den Kostendeckungsgrad der Elternbeiträge je Einrichtung im Verhältnis der ungedeckten Kosten oder der Gesamtkosten und nach dem "Remsecker Modell" werden dann einkommensabhängig die Gebühren festgelegt.

Sollte Remseck auch weitere Subventionen für andere Nutzungen gewähren wollen (z.B. Kulturprogramm), würde sich die Prüfung einer von der FDP Fraktion bereits mehrfach ins Spiel gebrachten „Remseck-Card" empfehlen, die nach Einkommen gechipt werden könnte.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert	Kai Buschmann	Armando J. Mora Estrada
Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Barrierefreiheit

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung der Großen Kreisstadt Remseck am Neckar legt eine Aufstellung vor, aus der ersichtlich ist, wie schrittweise die Bushaltestellen im Stadtgebiet barrierefrei gemacht werden können, vor allem auch für Gehbehinderte und auf den Rollstuhl angewiesene Personen.

Begründung:
Zum wiederholten Male mussten Stadträte der FDP Fraktion miterleben, wie schwer es für gehbehinderte Menschen sein kann, wenn diese vom Bus aussteigen und die Straßenseite wechseln wollen, wenn die Bushaltestelle hohe Bordsteine hat. Auch wurden wir auf dieses Thema angesprochen.
Für Menschen in Rollstühlen z.B. ist dies nur unter großem Aufwand mit Hilfe anderer Menschen möglich. Alleine ein kaum oder nicht überwindbares Hindernis. Die Tatsache, dass die Stadt Remseck über einen elektronisch abrufbaren „Rollstuhlwegweiser“ verfügt ist zu begrüßen.
Ziel sollte es jedoch sein, Barrierefreiheit auch und gerade für gehbehinderte Menschen pro ÖPNV wohnungsnah leicht zugänglich zu ermöglichen.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Privathaftpflichtrahmenvertrag für Flüchtlinge /Asylbewerber mit ungeklärtem Status in Anschlussunterbringung

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Große Kreisstadt Remseck am Neckar schließt eine Sammel-/Gruppen-Privat-Haftpflichtversicherung für Asylbewerber/Flüchtlinge in Remseck, in der Anschlussunterbringung, deren Status nicht geklärt ist, ab.

Begründung:
Zum Haushalt 2016, 2017 und 2018 haben wir dazu Anträge gestellt. Asylbewerber/Flüchtlinge, welche in Remseck in Anschlussunterbringung untergebracht sind, jedoch (noch) kein dauerhaftes Bleiberecht haben, haben keine Möglichkeit, sich im Bereich der privaten Haftpflichtversicherung abzusichern. Dies ist ein gravierender Unterschied zu Hartz IV-Empfängern und dauerhaft in Deutschland anerkannten Flüchtlingen. Mitte 2016 bezifferte die Verwaltung die Personenzahl auf ca. 50 Personen und definierte die Gruppe genau (Vorlage 020/2016). Diese Gruppe hat gerade in der Anfangszeit zumeist keinerlei Bezug zu haftungsrelevanten Themen unseres Kulturkreises.
Gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch (z.B. § 823) schützt Unwissenheit und keine Möglichkeit eine Absicherung abzuschließen, nicht vor Strafe und der Verpflichtung, entstandene Schäden wieder ausgleichen zu müssen.
Asylbewerber/Flüchtlinge mit dauerhaftem Bleiberecht sind Sozialhilfeempfängern (z.B. ALG I, Hartz IV) gleichgestellt, haben einen festen Wohnsitz und haben ebenso wie diese Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit, eine eigenständige private Absicherung, welche keine Pflichtversicherung ist, abzuschließen. Es geht also weiterhin nicht darum, dass die Stadt Remseck anerkannte oder abgelehnte Asylbewerber/Flüchtlinge besser stellt, als andere Sozialhilfeempfänger oder Einwohner mit geringem Einkommen. Es geht hier ausschließlich um die Absicherung der Asylbewerber/Flüchtlinge (mit ungeklärtem Status). Es geht zudem viel mehr um den sozialen Frieden, durch Schadenersatzleistung, wenn z.B. ein Remsecker Einwohner aus einer solchen Personengruppe geschädigt wird und damit Absicherung für die Remsecker Einwohner bei Schäden durch einen Asylbewerber/Flüchtling ohne geklärten Status.
Die Stadt Remseck sollte die Absicherung und Sorgen/Ängste der eigenen Bevölkerung im Blick haben.

Der Aufwand einer solchen Absicherung beträgt ca. 35-45 € p.a. je Asylbewerber/ Flüchtling und ist im Verhältnis zur Steigerung des Absicherungs- bzw. Sicherheitsgefühl für die Einwohner Remsecks als gering einzustufen.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Sozialer Wohnraum im Stadtgebiet der Stadt Remseck

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung der Großen Kreisstadt Remseck am Neckar geht aktiv auf dem Wohnungsmarkt in Remseck auf die Suche nach bestehenden, freien Wohnungen und Häusern, um diese von privaten Eigentümern zu kaufen und/oder anzumieten und diese finanziell und damit sozial schwächeren Menschen, zu bezahlbaren Mietpreisen zu vermieten.

Begründung:
Es ist seit geraumer Zeit festzustellen, dass der Markt im Bereich Wohnen überhitzt ist und damit preislich, gerade für finanziell schwächer gestellte Personen, kaum erschwinglicher und angemessener Wohnraum finanzierbar vorhanden ist.
Im Gegenzug dazu gibt es in den Ortsteilen Remsecks einige leerstehende Wohnungen und Häuser.

Auf Anfrage der FDP-Fraktion im Herbst 2018 antwortete die Stadtverwaltung, dass es eine Warteliste von etwa 60 Bewerbern für sozialen Wohnraum gäbe. Ausgehend davon, dass es sich nicht nur um alleinstehende Personen handelt, gehen wir von einer Größenordnung von 150 – 200 Personen insgesamt aus.

Bis in die 1990er Jahre hinein befanden sich in der damaligen Gemeinde Remseck rund 200 Wohnungen / Häuser im Besitz der Kommune. Die teilweise Veräußerung der Immobilien in den 90er Jahren war der Situation geschuldet, dass Remseck einerseits hohe Schulden im Kernhaushalt hatte, die Kommunalaufsicht eingegriffen hatte, andererseits die Situation auf dem Wohnungsmarkt im Vergleich zu heute als entspannt galt. So hatte sich der Bestand entsprechend reduziert.
Die Zeiten haben sich geändert und auch um den sozialen Frieden zu erhalten, muss es das Anliegen der Stadt sein, wieder ausreichend verbilligten, sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

Da in den letzten Jahren der Schwerpunkt der Stadt auf der Pflichtaufgabe der Unterbringung von Geflüchteten lag, ist es aus Sicht der FDP Fraktion Zeit, den Blick wieder zu weiten und sozialen Wohnraum für jeden sozial bzw. finanziell schwächer gestellten Personenkreis zu erschließen. Die Anspruchsberechtigung soll geprüft und die Vergabe nach entsprechenden Kriterien erfolgen.

Das Thema „Wohnraummanager“, das die FDP Fraktion schon mehrfach in die Diskussion einbrachte, wollen wir an dieser Stelle zumindest nachrichtlich vermerken.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert	Kai Buschmann	Armando J. Mora Estrada
Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender	stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Maßnahmen zur Bindung von Fachkräften mit Fluktuationsanalyse

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Um künftig Fachkräfte für die Verwaltung gewinnen und besser binden zu können, wird für die letzten drei Kalenderjahre eine Fluktuationsanalyse der Mitarbeiter erstellt. Erfasst werden Austrittsdatum, Austrittsgrund und die Zuordnung zu Dezernaten und Bereichen. Hieraus werden Fluktuationsquoten in den einzelnen Bereichen mit und ohne Verrentung bzw. Pensionierung ermittelt. Auf der Basis der Fluktuationsanalyse werden Maßnahmen zur besseren Bindung und Gewinnung von Mitarbeitern entwickelt.

Begründung:
Seit Jahrzehnten gilt die Remsecker Stadtverwaltung als „Durchlauferhitzer" für kommunale Karrierewege. In der Vergangenheit hatte dies vor allem etwas mit der Zwischenstellung Remsecks zwischen Gemeinden mit Kleinstrukturen (Beginn von Berufswegen) und Städten mit zentralörtlichen Funktionen (Höhepunkt von Karrierewegen) zu tun. Mit dem Bau des neuen Rathauses ist es an der Zeit, diese Zwischenstellung endgültig zu beenden und in Zeiten des Fachkräftemangels die dauerhafte Mitarbeiterbindung stetig zu verbessern.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Etablierung eines Schulmanagers in der Stadtverwaltung

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
In der Verwaltung wird die Position eines Schulmanagers und –koordinators eingerichtet, durch die die Schnittstelle zwischen den Schulleitungen der Remsecker Schulen und der Stadtverwaltung koordiniert wird. Die Verwaltung prüft, inwiefern sich Remseck damit am geplanten Ausbau des Landesmodells „Schulassistenz“ beteiligen kann.

Begründung:
Remseck hat sehr hohe Standards bei der Schaffung von Schulneubauten. Die Pflege des Schulbestandes verläuft nach Wahrnehmung vieler Beteiligter aber sehr schleppend. Zu den Gründen gehört auch, dass die Schulleitungen für die Durchführung der „geteilten Schulträgerschaft“ nicht ausgebildet sind und durch ihre pädagogische Arbeit vollständig gebunden werden. Ein Koordinator und Ansprechpartner der Schulen bei der Verwaltung im Sinne eines One-Stop-Shops (vgl. Wirtschaftsförderung), der die Schnittstellen zur Finanzverwaltung, Bauverwaltung, Personalverwaltung, Jugendbeteiligung, Betreuung, Kulturarbeit usw. zügig bedient, kann Schulleitungen an den Remsecker Schulen wieder attraktiver machen und lange Vakanzen (z.B. 2015/16 am Gymnasium) reduzieren.

Das Land sieht diese Problematik auch und steuert mit dem Modellversuch „Schulassistenz“ gegen. Laut Verlautbarung der Kultusministeriums sollen die Modellprojekte, in denen die Stellen hälftig von Land und Stadt finanziert werden, ausgebaut werden.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Archiv und Öffentlichkeitsarbeit

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Stadtverwaltung ermittelt die Möglichkeiten und Kosten für eine externe Vergabe der Aufgaben „Vorträge und Führungen“ des Stadtarchivs für die Jahre 2019 und 2020 und stellt die Kosten in den Haushalt ein. Die externe Aufgabenwahrnehmung erfolgt vorrangig ehrenamtlich, wird aber auch durch externe Fachexpertise durch Bezahlung ergänzt.

Begründung:
Laut Medienbericht und Aussagen aus der Verwaltung ist das Stadtarchiv für längere Zeit mit der Vorbereitung des Umzugs mit Aufarbeitung der Archivalien aus dem Neckarremser Forsthaus in das Neue Rathaus personell vollständig gebunden. Auf der Homepage der Stadt wird die Aufgabe des Archivs aber folgendermaßen beschrieben: „Das Stadtarchiv Remseck am Neckar trägt zur Verbreitung des historischen Wissens durch Vorträge und Führungen bei. Ferner unterstützt das Stadtarchiv Projekttage der Schulen und bietet auf Wunsch Archivführungen an.“ Diese Aufgaben müssen auch in der Übergangszeit sichergestellt werden.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Innerörtliche Bebauungspläne

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Verwaltung legt einen Prioritätenplan vor, in welcher Reihenfolge die bebaungsplanfreien Innerortslagen durch neue Bebauungspläne überarbeitet werden können.

Begründung:
Die notwendige Innenverdichtung vollzieht sich häufig in Bereichen ohne Bebauungspläne. Ohne Bebauungspläne kann das Ziel einer „maßvollen Verdichtung“ aber öfters nicht erreicht werden. Außerdem schreibt die Landesbauordnung in Gebieten ohne Bebauungsplan nur den Nachweis von einem Stellplatz vor, was der realen Fahrzeugnutzung meist nicht entspricht und Parkraumprobleme verursacht. Nur durch Bebauungspläne kann ein Stellplatznachweis von 1,5 oder 2 durchgesetzt werden.
Die Verwaltung hat in den letzten Jahren verschiedene bestehende Bebauungspläne zukunftstauglich überarbeitet und ist auch schon bebauungsplanfreie Lagen angegangen. Diese Vorgehensweise muss wegen der innerörtlichen Verdichtung forciert und ausgeweitet werden.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 5
zu Vorlage 1/2019

FDP Fraktion im Gemeinderat Remseck

Freie Demokraten
FDP Fraktion Remseck

Datum: 04.01.2019

Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Schönberger
Vorsitzender des Gemeinderates
Rathaus Remseck

Antrag der FDP Stadtratsfraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Remseck a.N.

Grüne Nachbarschaft

Die FDP Fraktion Remseck beantragt:
Der Gemeinderat möge beschließen:
Die Stadt Remseck am Neckar wird wieder Mitglied in der „Grünen Nachbarschaft“.

Begründung:
Im Zuge der Vorbereitungen zur Landesgartenschau hat sich gezeigt, dass es sich als Fehler erwiesen hat, aus der Grünen Nachbarschaft auszutreten. Mittelfristig sind interkommunale Projekte mit Mittelrückfluss zu erwarten, so dass der Mitgliedsbeitrag von 12.500 € als vertretbar erscheint und auch im Sinne von Interkommunalität sowie Naturschutz und Landschaftspflege ein wichtiges Zeichen ist. Die grüne Nachbarschaft ist genau diese starke Plattform für ökologische Themen, dort werden Projekte direkt umgesetzt. Im Gegensatz zum LEV ist die grüne Nachbarschaft eher als gemeinschaftlicher Arbeitskreis zu sehen. Schnittkurse, Pflanzaktionen, Obstpresse, das ist grüne Nachbarschaft.
Die grüne Nachbarschaft ist wichtige Schnittstelle zu anderen Kommunen. Hat nicht OB Klopfer beim Neujahrsempfang gesagt, dass alleine im Zeitkorridor der Remstal Gartenschau Planung die Kommunen gefühlt mehr miteinander gesprochen haben als die 50 Jahre zuvor? Wieso gibt man dann ohne Not ein funktionierendes System auf?
Sehr bedauert wurde die Aufkündigung der grünen Nachbarschaft bei den Teilnehmern des runden Tisches „Naturschutz und Landschaftsplanung“.

Für die FDP Fraktion

Gustav Bohnert Fraktionsvorsitzender	Kai Buschmann stv. Fraktionsvorsitzender	Armando J. Mora Estrada stv. Fraktionsvorsitzender

Stadträte: Gustav Bohnert (Tel. 43192), Kai Buschmann (Tel. 871896), Armando J. Mora Estrada (Tel. 860170)
Anschrift: Fraktionsvorsitzender Gustav Bohnert, Poppenweilerstr. 6, 71686 Remseck-Hochdorf, email: gustav.bohnert@fdp-remseck.de
Email: wir-tun-was@fdp-remseck.de **Internet**: www.fdp-remseck.de **Facebook:** https://www.facebook.com/fdpremseck

Anlage 6
zu Vorlage 1/2019

Remseck, 06.01.2019

Gemeinsamer Antrag
der Gemeinderatsfraktionen der Großen Kreisstadt Remseck am Neckar

DRK

Die Fraktionen des Gemeinderats beantragen, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat begrüßt Überlegungen und Gespräche innerhalb des DRKs, einen Zusammenschluss der DRK Ortsvereine Hochberg - Hochdorf und Neckargröningen – Aldingen - Neckarrems zu einem DRK Remseck voranzubringen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Prozess zu unterstützen.

2. Den Vorständen der DRK Ortsvereine wird es in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderats gestattet, als sachkundige Bürger ihre Aufgaben/Tätigkeiten bzw. den aktuellen Bedarfsplan des DRK Ortsvereins Neckargröningen – Aldingen – Neckarrems dem Gemeinderat vorzustellen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, Lösungsmöglichkeiten für die dauerhafte Unterbringung der Fahrzeuge und sonstigen Gerätschaften des DRK Ortsvereins Neckargröningen – Aldingen – Neckarrems unter Einschluss eines Besprechungsraumes zu untersuchen und dem Gemeinderat über das Ergebnis der Untersuchung bis Ende Oktober 2019 zu berichten.
Insbesondere ist zu prüfen, ob eine dauerhafte Unterbringung der Fahrzeuge und Gerätschaften des Vereins in einem der Feuerwehrhäuser oder auf dem Gelände eines der Feuerwehrhäuser in Betracht kommt.

4. Planungs- und Umsetzungskosten sind dem Gemeinderat von der Verwaltung nach Kostenhochrechnung vorzulegen.

Begründung:

Für eine dauerhafte erfolgreiche Arbeit des DRK in Remseck erscheint ein Zusammenschluss der beiden DRK Ortsvereine sinnvoll. Dabei kann die Freiwillige Feuerwehr Remseck als „Muster“ dienen. Unter einer Feuerwehrleitung gibt es 2 Abteilungen. Den „Abteilungsschritt“ haben die DRK Ortsvereine Hochberg-Hochdorf und Neckargröningen-Aldingen-Neckarrems bereits vollzogen. Was noch fehlt ist der Zusammenschluss zum DRK Stadtverband. (Arbeitstitel)

Den Fraktionen sind die aktuellen Probleme der Unterbringung der Fahrzeuge und Gerätschaften des DRK Ortsvereins Neckargröningen – Aldingen – Neckarrems sowie der Bedarfsplan Stand 01.11.2018 bekannt. Auch bekannt sind die letzten Gesprächsergebnisse aus Dezember 2018 zwischen DRK Hochberg - Hochdorf und DRK Neckargröningen – Aldingen – Neckarrems mit der Verwaltung.

Die Fraktionen halten die von den Ortsvereinen bisher im Bereich der Gesundheitsfürsorge und des Katastrophenschutzes übernommenen Aufgaben für existenziell wichtig. Die Unterstützung der Vereine liegt deshalb im öffentlichen Interesse. Es ist daher geboten, dass der Gemeinderat über die aktuellen Tätigkeiten sowie den Bedarfsplan durch die verantwortlichen Personen der Vereine informiert wird. Darüber hinaus ist der Verwaltung der unter in Ziffer 3 des Antrages näher formulierte Auftrag zu erteilen, wobei anzufügen ist, dass insbesondere auch untersucht werden soll, ob eine dauerhafte Unterbringung der Fahrzeuge und Gerätschaften des Vereins in einem der Feuerwehrhäuser oder auf dem Gelände eines der Feuerwehrhäuser in Betracht kommt, was nicht nur wegen der Ähnlichkeit der Aufgaben, sondern auch deshalb nahe liegt, weil dann auch ein Besprechungsraum sowie sonstige Gebäudeinfrastruktur wie z.B. sanitäre Anlagen problemlos zur Verfügung gestellt werden kann.

Für die Fraktionen

Steffen Kirsch CDU Fraktion	Gerhard Waldbauer FW Fraktion	Karl Burgmaier Bündnis90/Grüne Fraktion
Heinz Layher SPD Fraktion	Gustav Bohnert FDP Fraktion	